

Stand: 19.12.2025 13:25:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17000

"Freiwilliges Soziales Jahr durch Kontinuität stärken!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17000 vom 22.05.2017
2. Mitteilung 17/18777 vom 26.10.2017



## Antrag

der Abgeordneten **Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer, Judith Gerlach, Petra Guttenberger, Florian Hölzl, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Thomas Huber, Hermann Imhof, Oliver Jörg, Michaela Kaniber, Helmut Radlmeier, Dr. Hans Reichhart, Bernhard Seidenath, Sylvia Stierstorfer, Steffen Vogel CSU**

### **Freiwilliges Soziales Jahr durch Kontinuität stärken!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. zu prüfen, wie – vor dem Hintergrund der Rechnungsprüfung 2014 – das Freiwillige Soziale Jahr erhalten und die Trägervielfalt in Bayern sichergestellt werden kann, und
2. hierzu dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration zu berichten.

### **Begründung:**

Das Bürgerschaftliche Engagement ist ein wichtiger Grundpfeiler unserer Gesellschaft und trägt wesentlich zum Zusammenhalt und zur Solidarität der Bürgerinnen und Bürger bei. Das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) als besonderes Format des Bürgerschaftlichen Engagements ist in Bayern seit über 60 Jahren ein bewährtes sowie gesellschafts- und sozialpolitisches wertvolles Bildungs- und Orientierungsjahr speziell für junge Menschen. Mit dem FSJ übernehmen junge Menschen verantwortungsvolle Aufgaben und setzen ihre Fähigkeiten und Ressourcen in verschiedensten Einsatzbereichen ein. Gleichzeitig können junge Menschen in der Übergangsphase von Schule und Ausbildung bzw. Beruf durch das FSJ neue Kenntnisse erwerben, die nicht nur für die Berufsorientierung, sondern auch für das gesamte weitere Leben von großer Bedeutung sind.



## **Mitteilung**

**Antrag der Abgeordneten Joachim Unterländer, Kerstin Schreyer,  
Judith Gerlach u.a. CSU**

**Drs. 17/17000**

**Freiwilliges Soziales Jahr durch Kontinuität stärken!**

Der Antrag mit der Drucksachennummer 17/17000 wurde zurückge-  
zogen.

Landtagsamt